

Diskussionspapier zur Zukunft der Erwachsenenbildung in Thüringen

1. Bildung als Querschnittsaufgabe

Teilhabe braucht Bildung in einem sehr viel weiteren Zusammenhang. Sie verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft und macht erst eine funktionierende demokratische Gesellschaft möglich.

Wissen und Bildung sind heute wichtiger denn je - für jede und jeden einzelnen wie für unsere Gesellschaft, die sich gegenwärtig vielen komplexen Entwicklungsproblemen gegenüber sieht. Sie sind in der Entscheidung über den Stand und die Perspektiven der europäischen Gesellschaften in den kommenden zwei Generationen die zentralen Ressourcen. Dies gilt nahezu für alle Lebensbereiche und Fachgebiete.

Um den Anforderungen gerecht zu werden, reicht es nicht aus, von den Menschen die Bereitschaft zu lebenslanger Fortbildung einzufordern. Die Gesellschaft muss hierfür auch die Mechanismen und Ressourcen zur Verfügung stellen.

Die Volkshochschulen der Kommunen und vielfältige freie Bildungsträger sind unter oftmals schwierigen Bedingungen bemüht, mit einer breiten Palette von Fortbildungsangeboten die notwendigen inhaltlichen Angebote für eine lebenslange Bildung vorzuhalten. Der institutionelle Rahmen, in dem sie ihre Arbeit leisten, entspricht derzeit aber nicht mehr der Stellung, die einer lebenslangen Bildung in unserer Gesellschaft zukommt. Hier besteht politischer Handlungsbedarf.

2. Öffentliche Einrichtungen auf sichere Füße stellen- der Erwachsenenbildungspakt

Die derzeitigen Hauptkritikpunkte sind:

1. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie sie in der Erwachsenenbildung üblich sind, ziehen ein hohes Maß Selbstausbeutung der ArbeitnehmerInnen nach sich. Tariflöhne gelten nur für pädagogische Angestellte und nicht einmal 2% aller in der Weiterbildung Arbeitenden sind fest angestellt. Die Bezahlung der Unterrichtsstunden schwankt zwischen 5 und 50€, einheitliche Richtlinien gibt es nicht.
2. Der unsichere Finanzierungsrahmen erschwert die Planung von Bildungsprozessen und behindert die Fähigkeit der Akteure der Erwachsenenbildung, flexibel auf Veränderungen in den Bedarfen zu reagieren. Die Notwendigkeiten des Existenzerhalts der Einrichtungen rangieren oft vor inhaltlichen Fragen der Themensetzung.
3. Bildungsangebote der Erwachsenenbildung sind regional und inhaltlich extrem ungleich verteilt.

Beschäftigungsverhältnisse und qualitative Angebote einerseits, die Kosten und die Zeit für Weiterbildung andererseits stehen im Mittelpunkt der politischen Arbeit der LINKEN im Erwachsenenbildungsbereich. Deshalb will DIE LINKE einen Erwachsenenbildungspakt.

Erwachsenenbildung ist eine öffentliche Aufgabe, die es zu verteidigen und auszubauen gilt. Um prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen, braucht es eine auskömmlichere Mittelzuweisung der Öffentlichen Hand an die öffentlich finanzierten Bildungsträger.

Nur wenn eine von Jahr zu Jahr schwankende und noch dazu zu geringe Landesförderung überwunden wird, kann ein stabiles breites Angebot mit vielen sinnvollen Kooperationen und Ergänzungen entstehen und endlich auch die Beschäftigungsverhältnisse der Bildner aus der Prekarität herausgeführt werden. Deshalb sollte zwischen den in der Weiterbildung agierenden Trägern, der Landesregierung und den Kommunen ein Weiterbildungspakt geschlossen werden, der die finanzielle Situation stabilisiert, die Rahmenbedingungen in der Erwachsenenbildung klarer, sinnvoller und stringenter regelt und mindestens auf 5 Jahre ausgelegt ist.

Denkbar wäre, zukünftig 0,5% des Bildungshaushaltes in Thüringen für die Erwachsenenbildung festzuschreiben. Das käme einer Verdopplung der derzeitigen Mittel gleich. Zudem wollen wir ein Mindeststundenhonorar in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung in Thüringen durchsetzen. Die Logik der Vergabe von Fördermitteln soll weg von der Vergabe der Mittel nach Unterrichtsstunden hin zur Vergabe nach Einwohnerzahlen erfolgen.

Der ländliche Raum hat wesentlich stärker mit der Aufrechterhaltung der Weiterbildungsangebote zu kämpfen. Über einen Erwachsenenbildungspakt könnte man die Träger hier in die Pflicht nehmen. Eine Grundversorgung muss landesweit abgesichert sein.

Die Unart der Projekt- statt Institutionenförderung muss beendet werden. Fehlanreize in der Förderung müssen über inhaltliche als auch strukturelle Faktoren deutlich verringert werden. So wird politische Bildung im Erwachsenenbereich mit 6% an allen Veranstaltungen deutlich zu gering gefördert

3. Bildungsbegriff, Bildungsberatung, Bildungsbericht, Bildungsfreistellung

In der Erwachsenenbildung gibt es aber noch mehr anzupacken, als die finanzielle Situation, die Lage der Beschäftigten und die Struktur der Bildungsangebote zu verbessern.

Der Bildungsbegriff in der Erwachsenenbildung verschwimmt und muss wieder auf seinen Kern zurück geführt werden. Das erhöht die Qualität der Angebote und ihren Nutzen für die Lernenden.

Damit einher gehen muss das derzeit nicht vorhandene Angebot einer individuellen inhaltlichen Bildungsberatung, die es weiterbildungswilligen Menschen einfacher macht, einen Neustart zu wagen, tatsächliche Bildungsfortschritte zu erzielen und die Auswahl des richtigen Angebotes zu treffen. Hier wäre eine übergeordnete öffentliche Institution denkbar.

Ein Weiterbildungsbericht für Thüringen würde helfen, die Angebote zu bündeln, eine Übersicht für ganz Thüringen zu erhalten und inhaltliche wie regionale Defizite in der Erwachsenenbildung zu erkennen. Ohne Weiterbildungsbericht fehlt die Basis für eine politische Interventionsmöglichkeit. Thüringen ist eines von vier Bundesländern ohne Anspruch der Beschäftigten auf eine Freistellung zu Fortbildungszwecken. Die LINKE unterstützt eine gesetzliche Regelung zur Bildungsfreistellung in Thüringen, möchte diese aber langfristig zu einem Gesetz für die Organisation und die Finanzierung von lebenslangem Lernen weiterentwickeln.